

Per Mail: praesidiales@regierung.li

Ministerium für Präsidiales und Finanzen
Regierungsgebäude
Peter-Kaiser-Platz 1
9490 Vaduz

Datum	17. Oktober 2023
Ihr Kontakt	Gerald Marxer
Telefon	+423 236 01 00
E-Mail	gerald.marxer@lkw.li
Thema	Vernehmlassung über die Abänderung des Gesetzes über die Betriebliche Personalvorsorge des Staates

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehmen wir zum Vernehmlassungsbericht über die Abänderung des Gesetzes über die Betriebliche Personalvorsorge des Staates (SBPVG) Stellung und bedanken uns für die Möglichkeit dies zu tun.

Die LKW begrüßen die fünf vorgeschlagenen Massnahmen mit nachstehenden Anmerkungen:

- Die Bildung einer Rentnerkasse, für die noch im Leistungsprimat der PVS vor dem 30. Juni 2014 entstandenen Renten, ermöglicht es, die Umverteilung von den Aktivversicherten zu diesen Pensionisten zu verhindern. Beim Ausfinanzierungsbetrag ist eine Verzinsung von 1% hinterlegt. Diese Verzinsung konnte in den vergangenen Jahren nicht immer erreicht werden und sie ist auch in den kommenden Jahren des Bestands dieser Kasse nicht garantiert. Somit geben die LKW als Arbeitgeberin der neuen Kasse eine Garantie eine allfällige Nachfinanzierung zu leisten. Die LKW erachten den vorgeschlagenen Zins jedoch als angemessen und sind sich der künftigen finanziellen Risiken bewusst.
- Die Ausfinanzierung der Rentenansprüche, die nach dem 1. Juli 2014 in der SPL entstanden sind, ist explizit zu begrüßen.
- Die Möglichkeit der Schaffung eines vom Anlageerfolg abhängigen Rentenanteils (variables Rentenmodell) ist ebenfalls zu begrüßen. Die Pensionisten werden diese Option aller Voraussicht nach aber nur dann wählen, wenn der Deckungsgrad ausreichend hoch ist und die Wertschwankungsreserve bis zur Einführung geäuft werden konnte. Mit der aktuellen Vorlage wird der Deckungsgrad aber lediglich bei ca. 103% zu liegen kommen. Unter diesen Rahmenbedingungen werden nur wenige Pensionisten diese Option wählen, dementsprechend werden die positiven finanziellen Effekte nicht oder nur teilweise eintreten.
- Die Erhöhung der Sparbeiträge ist zu begrüßen, obwohl dies zu einer zusätzlichen Belastung der Mitarbeitenden führt, für ältere Mitarbeitende nur einen kleinen positiven Effekt hat und den LKW jährliche Zusatzkosten verursacht.
- Der Verzicht auf das 2014 gewährte Darlehen wurde von den LKW bereits mehrfach angeregt, um den Deckungsgrad anzuheben und die SPL entsprechend risikofähiger zu machen. In Kombination mit einer zumindest teilweise geäufteten Wertschwank-

ungsreserve wäre so in einem schwierigen Marktumfeld eine Anpassung der Anlagestrategie zugunsten der Rendite möglich.

Der Anspruch einer «nachhaltigen Ausrichtung» der SPL kann aus unserer Sicht mit diesen Massnahmen nur teilweise erreicht werden. Der Deckungsgrad liegt nach der Umsetzung der Massnahmen erst bei 103% und eine nachhaltige Sanierung kann nur «nachgewiesen» werden, wenn eine detaillierte Asset-Liability-Management Studie vorliegt, welche u.a. bestätigt, dass die Bildung einer Wertschwankungsreserve kurz-/mittelfristig möglich wird. Diese Studie bildet das Grundgerüst für eine nachhaltige Ausrichtung und ist somit aus Sicht der LKW unerlässlich.

Weiters ist zu berücksichtigen, dass diese Pensionskassenlösung für alle angeschlossenen Arbeitgeber nur beschränkt attraktiv ist, um in einem sehr anspruchsvollen Personalrekrutierungsumfeld nützlich zu sein. Der Wettbewerb, um gute Arbeitskräfte zu gewinnen wird künftig noch weiter verschärft werden und der sehr tiefe Umwandlungssatz von 4.5% im aktuellen Vergleich zu anderen Pensionskassen wird es schwierig machen, ältere, gut ausgebildete Mitarbeitende zu gewinnen und es ist durchaus denkbar, dass ältere Mitarbeitende die LKW verlassen, um vor der Pension noch in einen Betrieb mit einer attraktiveren Pensionskasse resp. höherem Umwandlungssatz zu wechseln. Entsprechend würden wir es sehr begrüessen, wenn es den angeschlossenen Unternehmen ermöglicht würde, (Fach-)Kaderlösungen zu erarbeiten und anzubieten.

Ein weiterer, schon häufiger geäussert Wunsch der LKW wäre es, den sog. freiwilligen Anschlüsse wirklich die Möglichkeit der Freiwilligkeit zukommen zu lassen. Aktuell sind die LKW und andere staatsnahe Unternehmen in den Eigner- resp. Beteiligungsstrategien verpflichtet in der SPL zu bleiben und haben sicher zu stellen, dass es keine Besserstellung der Mitarbeitenden gegenüber den Angestellten der Landesverwaltung gibt.

Die im Vernehmlassungsbericht vorgeschlagenen Massnahmen bewirken unmittelbar eine Erhöhung des Deckungsgrades, welcher aber nach wie vor nicht ausreichend ist, und ein besseres Aktiven-/Rentnerverhältnis. Langfristig ermöglichen die Massnahmen durch die Verbesserung des Deckungsgrades eine risikoorientiertere Anlagestrategie mit höheren Renditepotential und die höhere Sparbeiträge erhöhen das Leistungsziel für die Versicherten.

Für Fragen oder weitere Ausführungen stehen wir jederzeit sehr gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Liechtensteinische Kraftwerke



Gerald Marxer
Vorsitzender der Geschäftsleitung



Herbert Müller
Mitglied der Geschäftsleitung